



# EVP- Mitteilungen Köniz

Nr. 1, Januar 2017

## In dieser Ausgabe:

Grusswort

Initiative „Bezahlbar Wohnen in Köniz und Gegenvorschlag

Knacknuss Schuldenabbau-Strategien

Knacknuss USR III

PC-Konto EVP Köniz:  
30-9087-8  
IBAN:  
CH06 0900 0000 3000  
9087 8

Homepage EVP Köniz:  
[www.evp-koeniz.ch](http://www.evp-koeniz.ch)

## Impressum

**Berner  
EVP**

Evangelische Volkspartei  
[www.evp-be.ch](http://www.evp-be.ch)

**Herausgeber:**  
EVP Kanton Bern  
Postfach  
3000 Bern 7

**Redaktion:**  
Christof Erne

## Grusswort



Liebe Leserinnen und Leser

Eine Knacknuss ist ein Bild für eine Aufgabe, die schwierig anzupacken ist. Es braucht

die richtigen Kräfte, die an den richtigen Stellen im richtigen Winkel zur richtigen Zeit zu wirken beginnen. Ähnlich geht es mit diversen Aufgaben, welche in der Politik zu lösen sind. Und auch als Stimmbürger sind wir immer wieder aufgefordert, unsere Kräfte, sprich Stimme in der zweckmässigen Richtung einzusetzen. Mehr dazu lesen Sie in diesem Mittelungsblatt. Danke für Ihre Kraft!

Hermann Gysel

## Initiative „Bezahlbar Wohnen in Köniz“ und Gegenvorschlag



Die Idee, in verdichteten, stadtnahen Gebieten günstigen Wohnraum zu schaffen ist gut. Natürlich bin auch ich der Meinung, dass dies ein wichtiges Thema ist. Jedoch ist bei solchen Themen auch immer die Frage wie man das erreichen will. Die SP hat, nachdem im Parlament der Gegenvorschlag angenommen wurde, die Initiative zurückgezogen. Was ich sehr begrüsse. Ist es richtig, ein Gesetz zu haben, was die Gemeinde wie auch Private Hauseigentümer verpflichtet, kostengünstige Wohnungen anzubieten? Soll dies wirklich staatlich vorgeschrieben werden? Wie gerade in der Gemeinde Köniz gezeigt wird, ist dies auch ohne Gesetzgebung bereits verankert. Dies zeigt z. B die Überbauung am Thomasweg/Stationsstrasse welche realisiert wird oder auch in Niederwangen, die Papillon-Überbauung. Rund ein Drittel der neuen Wohnungen werden einen tieferen Ausbaustandard sowie kleinere Wohnflächen aufweisen und dadurch im unteren Preissegment liegen. Die Gemeinde grün-

dete bereits im Jahre 1945 zusammen mit Privaten die „Genossenschaft Wohnraum Köniz“ und vermieten die Wohnungen zu günstigen Preisen. Auch besitzt die Gemeinde selber gut 100 Wohnungen, davon sind die Hälfte Alters- und Behindertenwohnungen und werden zu Preisen vermietet, die unter dem üblichen Marktwert liegen. Die Gemeinde unterstützt Haushalte mit geringem Einkommen im Rahmen der Sozialhilfe, mit Beiträgen an die Wohnkosten. Und der Gemeinderat hat im Mitwirkungsbericht zur Ortsplanungsrevision festgehalten, dass er künftig gemeindeeigenes Bauland bevorzugt an gemeinnützige Wohnbauträger abgeben will. Dies sind alles Massnahmen, welche auch ohne Gesetzgebung bereits realisiert werden. Ich bin der Meinung, dass die Gemeinde dieses Thema ernst nimmt und auch Massnahmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten umsetzt. Auch wenn der Gegenvorschlag vom Volk nicht angenommen würde, wird die Gemeinde ihre Massnahmen für den „preisgünstigen Wohnungsbau“ wie bisher weiterverfolgen.

Deshalb kommt der Vorstand der EVP Köniz zum Schluss, dass die persönliche Gewichtung der Argumente stimmentscheidend sein soll.

Katja Niederhauser

## Knacknuss Schuldenabbau-Strategien



Liebe Leserin, lieber Leser

Helfen sie uns Schuldenabbau-Strategien für Gemeinden entwickeln? Wär doch mal was neues, oder? Hermann Gysel hat im letzten Mitteilungsblatt die Situation der steigenden Verschuldung unserer Gemeinde vorgerechnet (von 2010 bis 2020 eine Verdoppelung von 173 Mio. auf 348 Mio.). Gerade in unserem Steuer- und Politsystem haben wir uns so sehr an Schulden gewöhnt, dass es kaum mehr grosse Aufschreie dazu gibt. Dabei ist man gebunden, abhängig. Man geht freiwillig und das über Jahrzehnte hinweg eine Verpflichtung ein. Welcher Politiker hat da mal Gewissensbisse? Zugegeben, ich habe sie auch nicht so, dass ich schlaflose Nächte habe. Doch die Frage, wie bauen wir die immensen Schulden einmal ab, kann auch ich heute noch nicht beantworten.

Budget 2017 Diskussion im Könizer Parlament im August 2016: Es ist so wie es ist und kommen wird. Man hat die Planung und man hat schliesslich bereits ja zum Ried gesagt und nun müsse man Schulden

machen. Okay, aber mehr Geld zur Deckung der Investition sind wir nicht bereit zu bezahlen, paukt das bürgerliche Lager ohne Alternativlösung vom Rednerpult. Erst soll der Gemeinderat eine Grundlage schaffen, die garantiert, dass mit mehr Geld aus einer Steuererhöhung auch die Schulden abgebaut werden, erwartet die SVP. Aber wie muss man sich das bei einer Gemeindebuchhaltung vorstellen? Das erstaunliche ist, niemand will sich da richtig Gedanken darüber machen und das stört uns von der EVP enorm. Jede Partei weiss zwar, dass die Verschuldung für die baulichen Massnahmen bei verschiedenen Schulen und der Neubau im Ried unumgänglich sind, aber wie sie wieder loswerden, will niemand lösen. Einzelne Vorstösse haben Lösungsansätze aufgezeigt. Aber sie blieben chancenlos. Stimmen, die eine Verschuldung mit entsprechendem Gegenwert als verhältnismässig ansehen, werden kaum den Wert eines Schulhauses effektiv bezeichnen können. Eine Gemeindeinvestition ist nicht so leicht auf dem Markt zu versilbern. Dieser Fragestellung möchten wir uns im nächsten Jahr deutlich mehr annehmen und Vorstösse bzw. neue Vorlagen kritisch prüfen. Doch was uns noch viel mehr dienen würde, sind konkrete Ideen, wie die Gemeinde sich für einen Schuldenabbau einsetzen kann. Es wäre schön, mit einigen zu dieser Fragestellung Diskussionen zu führen.

Bernhard Zaugg

## Knacknuss für den 12. Februar: Unternehmenssteuerreform drei (USR III)



Die dritte ausserordentliche Delegiertenversammlung der EVP Schweiz fand am Samstag, den 3. Dezember 2016 im Landhaus Adler in Frutigen BE statt. Die letzten zwei Referate zum Unternehmenssteuerreformgesetz III waren sehr interessant und aufschlussreich. Zuerst legte Nationalrat Leo Grunder (CVP) die Argumente für eine Annahme dar. Er betonte, wie wichtig es sei, Steuereinnahmen und Arbeitsplätze zu schützen. Aufgrund der bisherigen Steuerpraxis sind in den letzten zehn Jahren weniger Unternehmen in der Schweiz sesshaft geworden, ausserdem bestehen kantonal grosse Unterschiede. So sind dann die drei definierten Ziele der USR III die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz, Internationale Akzeptanz der EU/OECD und eine finanzielle Ergiebigkeit. Bei einer Ablehnung würden Einnahmen von

mindestens drei Milliarden Franken fehlen. Als Konterpart referierte Susanne Leutenegger Oberholzer (SP), ebenfalls Nationalrätin. In der Einleitung legte sie dar, wie die USR III auf Bundesebene zwar einiges vereinfachen würde, jedoch für Kantone und Gemeinden grosse Steuerausfällen provozieren würde. Besonders in grösseren Gemeinden und Städten würde das negative Folgen haben. Beispielsweise für Köniz würde das bei einer Annahme des Gewinnsteuersatzes von 15% zu 4 ½ Millionen Franken Steuerausfällen führen, in Bern zu rund 35 Millionen und in Zürich zu annähernd 300 Millionen Franken Steuerausfällen. Die jetzige Vorlage der USR III würde ausserdem eine Mehrbelastung von kleinen bis mittleren Einkommen bedeuten, da Steuererhöhungen auf Gemeinde und Kantonal Ebene unumgänglich wären. Auch bei einem Nein bleibe die Schweiz ein attraktiver Standort für internationale Unternehmen und KMU's. Wenn jetzt Nein gestimmt wird, dann kann in den nächsten zwei Jahren eine bessere Vorlage erarbeitet werden und Verluste bei Kantonen und Gemeinden können in Grenzen gehalten werden.

Mit 72 Nein- zu je vier Enthaltungen und Ja-Stimmen lehnten die Delegierten der EVP Schweiz die Unternehmenssteuerreform III deutlich ab.

Denise Bähler